

Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Jannasch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 3. — Fernsprechanzeige: Für Inserate Nr. 157, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 3. bis 10. Dezember 850 Milliarden Mark, Abnehmer 810 Milliarden Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Erbsenstücke 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreispaltige 90 Millimeter breite Reklamazeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorbehalten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 284.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Dezember 1923.

34. Jahrgang.

Um das Ermächtigungsgesetz.

Ein verhängnisvoller Beschluß.

Die Regierung des Bürgerblocks hat sich am Dienstag mit einer sogenannten programmatischen Erklärung dem Reichstag vorgestellt, die in Wirklichkeit nicht den Anspruch auf ein Programm erheben kann. Ein Regierungsprogramm muß dem Negativen das Positive entgegenstellen. Marx begnügte sich mit dem Ersteren. Das einzig Positive seiner Rede war die Berufung auf die Politik Stresemanns, die von seiner Regierung fortgeführt werden soll. Man mußte also eigentlich die Erklärungen Stresemanns hervorholen, um sich ein Bild von den Absichten des Herrn Marx zu machen, wenn nicht über die Taten und Unterlassungssünden des vergangenen Kabinetts innerhalb der Arbeiterklasse bittere Erinnerungen vorhanden wären. Der Hinweis auf die einseitige Handhabung des Belagerungszustandes besagt genug. Zwar will die neue Regierung weder gegen links noch rechts regieren, aber der Belagerungszustand soll vorläufig nicht aufgehoben werden!

Daraus ergibt sich, gegen wen in Deutschland auch künftig die Staatsgewalt gehandhabt wird. Unsere Zeitungen sollen weiterhin verboten unterliegen und sozialdemokratische Beamte in Sachsen nicht nur ihrer Ämter enthoben, sondern auch in Haft gesetzt werden.

So wird systematisch eine Beunruhigung in weiteste Kreise des Volkes getragen und da auch die jetzige Regierung die Notwendigkeit des Belagerungszustandes mit der vorherrschenden Unruhe in gewissen Bevölkerungsschichten begründet, werden wir den Belagerungszustand nach der Logik des Herrn Marx nie los werden. Denn solange der Belagerungszustand aufrechterhalten wird, herrscht Unruhe, und so lange Unruhe herrscht, wird der Ausnahmezustand nicht aufgehoben.

Durch die Annahme des

Ermächtigungsgesetzes

in der von der Regierung geforderten Form kann der augenblickliche Zustand der Rechtslosigkeit nicht besser, sondern nur schlimmer werden. Die verlangten Vollmachten sind unbeschränkt. Sie umfassen im Gegensatz zu den vor wenigen Wochen der Regierung Stresemanns gegebenen Ermächtigungen auch das soziale, politische und juristische Gebiet, überhaupt jeden Schritt, den die neue Regierung für notwendig hält. Das Allerübteste an der Geschichte ist noch die Handhabung der unbeschränkten Ermächtigung durch Männer, die keineswegs die Gewähr für eine sachliche Verwendung der ihnen zu gebenden Rechte bieten.

Aus diesem Grunde galt es als selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

das Ansuchen der Regierung Marx ablehnen würde. Sie hatte der Regierung Stresemann, in der sie vertreten war, nur eine beschränkte Vollmacht bewilligt; sie konnte der Regierung Marx, in der sie nicht vertreten ist, keine unbeschränkte Vollmacht zustehen.

Es ist anders gekommen. Die Fraktion hat sich in einer Sache, die kein Verhandeln kennen sollte, aufs Verhandeln eingelassen. Sie erhob den Anspruch, daß die Bestimmungen der Regierung von der Zustimmung eines Reichstags-Ausschusses abhängig sein solle. Auf Verlangen dieses Ausschusses solle jede Verordnung sofort wieder aufgehoben werden. Das Kabinett lehnte diese Forderung ab.

Daraufhin formulierten die Mittelparteien einen Antrag, daß vor Herausgabe einer Verordnung ein Reichstags-Ausschuß von 15 Mitgliedern gehört werden müsse. D diesem Antrag trat die Regierung bei. Leicht begreiflich. Der Ausschuß braucht ja bloß gehört zu werden; zu sagen hat er nichts. Die unbeschränkte Handlungsfreiheit der Regierung wird durch ihn nicht im geringsten berührt oder gar eingeengt.

Auf dieses

Feigenblatt der Diktatur

des Bürgerblocks ist nun die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion hineingefallen. Sie hat mit 73 gegen 63 Stimmen beschlossen, unter dieser Bedingung dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung zu geben.

Natürlich hat die Mehrheit der Fraktion auch Gründe für ihren Umfall. Sie argumentiert so: wird das Ermächtigungsgesetz abgelehnt und der Reichstag aufgelöst, so wird die Regierung auf Grund des Artikels 48 ihre selbständigen Entscheidungen treffen und darauf haben wir keinen Einfluß. Wird mit unserer Hilfe das Ermächtigungsgesetz angenommen, dann wird die Reichstagswahl

im Winter vermieden und wir können in dem Ausschuß unsere Stimme hören lassen. Gewiß, aber die Regierung braucht auf diese Stimme nichts zu geben. Um so weniger, als es die Stimme einer Minderheit ist.

Die Fraktionsmehrheit hält diese Entscheidung für einen „Schachzug“. Wir möchten sie als einen unüberlegten und verhängnisvollen Beschluß bezeichnen, der geeignet ist, einen Keil in die Partei zu treiben.

Dem Kabinett Stresemann hat die Fraktion eine Vollmacht verweigert, die die sozialpolitischen Entscheidungen in ihre Hand legte. Der Entwurf über die Arbeitszeit wurde vornehmlich der selbstherrlichen Verordnungsgewalt jener Regierung entzogen. Das Ermächtigungsgesetz der Regierung Marx aber wird von der Fraktion gebilligt, obwohl es unbeschränkt ist, obwohl auch die sozialpolitischen Bestimmungen seinem freien Ermessen anheimgestellt werden. Dabei saßen im Kabinett Stresemann einige Sozialdemokraten, die im Kabinett ihre Stimme erheben konnten; in der Regierung Marx ist die Sozialdemokratie nicht vertreten. Außer ihr gibt es nur einen Reichstagsausschuß mit sozialdemokratischen Mitgliedern, der zu hören ist, der aber nichts zu sagen hat.

Und diese Lustspielrolle hat der Fraktionsmehrheit genügt, um als Brücke zur Zustimmung benutzt zu werden. Da erhebt sich die Frage, weshalb die Fraktion denn das Kabinett Stresemann gestürzt hat? Es war doch nicht so reaktionär zusammengesetzt wie die Regierung Marx und es hatte nicht die Befugnisse, die die Fraktionsmehrheit jetzt dem Kabinett des Bürgerblocks zuerteilen will.

Der Beschluß ist daher unsäglich. Er resultiert lediglich aus der

Angst vor Neuwahlen

Wir haben oft betont, daß eine Wahl im Winter zu vermeiden ist, wenn sie vermieden werden kann. Sie kann aber nicht vermieden werden unter dem Opfer, das die Fraktionsmehrheit beschlossen hat. Denn dieses Opfer würde zur Folge haben, daß die Partei in schwere innere Kämpfe verwickelt würde, wodurch die Stoßkraft nach außen bedenklich geschwächt werden müßte. Im Lande gibt es nicht 10 Prozent der Parteigenossen, die den Beschluß der Fraktionsmehrheit verstehen, geschweige denn billigen. Die Fraktion setzt sich mit ihm in offenen Gegensatz zur organisierten Parteigenossenschaft. Die 73 Kasaker werden doch wissen und begreifen, was das heißt, und daß man mit einer solchen Übung keine Reichstagswahl vorbereiten kann. Gleichgültig, ob sie im Januar oder im April oder im Juni stattfinden.

Selbstredend kann eine Wahl nicht unter dem militärischen Belagerungszustand stattfinden, der ganze Parteien schlangenhaut „verboten“ hat. Aber wenn die Fraktion das Ihre tut, um das Kabinett Marx am Leben zu erhalten, dann wird der militärische Belagerungszustand auch noch im April oder Juni herrschen. Soll deswegen auch dann keine Wahl stattfinden dürfen?

Der Beschluß der Fraktionsmehrheit ist eine Kopfschüttelung und eine Folge weltfremder parlamentarischer Arithmetik, die bei den Parteigenossen auf den entschiedensten Widerstand stößt. Es wäre verhängnisvoll und rühmlos, wenn er zu den Konsequenzen führen würde, die die Fraktion herbeiführen will, daß nämlich das Kabinett Marx seine Planvollmacht erhält. Auch nach dem Beschluß der Fraktion steht es durchaus noch nicht fest, ob die Regierung ihren Willen durchsetzt. Wir müssen wünschen, daß es nicht geschieht.

Wir wünschen weiter, daß die Fraktionsmehrheit ihren Entschluß noch einmal durchdenkt und in ruhigerer Stunde das Verhängnis erwägt, das durch ihn angerichtet wird. Es heißt, der Partei das Klügelgrat brechen, wenn sie einer bürgerlichen Regierung die Möglichkeit gibt, ihre Diktatur gegen die Arbeiterklasse zu errichten.

Das will die Mehrheit der Fraktion ebensowenig wie wir. Sie mag daher schleunigst ihren übereilten Beschluß revidieren und dann danach handeln.

Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: der Reichskanzler und sämtliche Minister. Das Haus ist gut besucht, die Tribünen sind überfüllt. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung 3 Uhr 25 Minuten. Die erste und zweite Beratung des von der neuen Regierung vorgelegten Ermächtigungsgesetzes wird auf die Mittwoch-Sitzung verlegt. Zu einer Erklärung der Reichsregierung erhält das Wort

Reichskanzler Marx:

Der neue Reichskanzler teilt zunächst mit, daß er sich die Entscheidung über die endgültige Besetzung des Ministeriums für die besetzten Gebiete vorbehalten und spricht seinem Amtsvorgänger Dr. Stresemann seinen besonderen Dank dafür aus, daß er das Amt des Reichsaußenministers beibehalten habe. Ebenso dankt er den ausgeschiedenen Mitgliedern Fuchs und Roeth.

Zu meinem größten Bedauern und wohl zum größten Schaden des deutschen Reiches und Volkes, so fährt der Reichskanzler fort, hat die Krisis weit länger gedauert, als wünschenswert gewesen wäre. Ich will nicht unterzücken, was die Schuld an der hinter uns liegenden Regierungskrise trifft. Angesichts der traurigen, geradezu furchterlichen politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes halte ich es für die wichtigste und erste Pflicht, alles hintanzustellen, was irgendwie geeignet ist, die schon allzu großen Gegensätze in unserm Volke zu vertiefen. Mein Kampf geht

weder gegen rechts noch gegen links,

sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das letzte rauben wollen, was ihm geblieben ist: die Einheit der Nation. (Beifall.) Ich halte es deshalb für das dringende Gebot der Stunde, alles zu versuchen, um bestehende Gegensätze auszugleichen und neue zu vermeiden. Das deutsche Volk in allen seinen Teilen muß und soll wissen und immer mehr von der Ueberzeugung durchdrungen werden, daß wir mit unsern wirtschaftlichen und finanziellen Kräften tatsächlich am Ende sind. Die verzweifelte Lage unserer Finanzen weißt uns mit der Brutalität unüberleglicher Zahlen auf die Alternative hin: was ist wichtiger und wertvoller, das nackte Leben des deutschen Volkes oder eine vorläufige Befriedigung anerkannter Bedürfnisse mit dem baldigen völligen Zusammenbruch? In der Finanzkrise sieht sich die Reichsregierung vor eine Aufgabe vor, einer vielleicht in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeit gestellt. Die Verzögerung der Regierungsbildung hat

unersehbare Tage verstreichen

lassen. Eine sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Alle Maßnahmen zur Beschränkung der Ausgaben müssen mit einem solchen Nachdruck angefaßt werden, daß alle entgegenstehenden Hindernisse rückwärts überwunden werden. Es ist außerordentlich bellagenswert, daß es trotz des Ernstes der Finanzlage immer noch Bevölkerungsteile gibt, die gegen Steuerbelastungen und Ausgabenbeschränkungen Einwände erheben. Die Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß wenn nicht Volk und Reich in einen hoffnungslosen Strudel versinken sollen, jetzt

die Stunde größten Opfers

gekommen ist. Gleichzeitig muß zur Ueberwindung der furchtbaren Erwerbslosigkeit die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden. Im Finanzproblem liegt für uns die Frage über Sein und Nichtsein.

In ihrer grundsätzlichen Einstellung zur äußeren und inneren Politik unterscheidet sich die gegenwärtige Regierung nicht von der vorigen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Lebensfrage für Reich und Volk ist es, die richtigen Mittel und Wege zu finden zur Rettung und Besserung aus der geradezu katastrophalen Lage unserer Wirtschaft und unserer Finanzen. Der Regierung soll ein Ermächtigungsgesetz in ausreichendem Maße die Möglichkeit gewähren, mit der durch die Zwangslage erforderlichen Schnelligkeit diejenigen Maßnahmen zu treffen, die sie für erforderlich und geeignet hält, das gewünschte Ziel zu erreichen. Die Regierung ist der Meinung, daß angesichts des ungeheuren Zwanges der Zeit langwierige Verhandlungen im Reichstage nicht wünschenswert, ja geradezu unerträglich erscheinen (Zustimmung b. d. bürgerl. Parteien). Es handelt sich nicht mehr um Monate oder Wochen, sondern nur noch um Tage, in denen sich zeigen muß, ob es gelingt, uns

vor dem drohenden völligen Versall

nach im letzten Augenblick zu retten. Durch das Ermächtigungsgesetz soll die Reichsregierung ermächtigt werden, alle Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet werden. In erster Linie kommen Verordnungen über steuerliche Maßnahmen in Betracht. Aber auch im übrigen soll die Reichsregierung das Recht haben, Maßnahmen zu treffen, die nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen als dringende Forderungen der Notlage erscheinen. Wir erkennen nicht, daß durch die Zustimmung zu einem solchen Gesetz der Reichstag auf wichtige Rechte einer demokratischen Staatsverfassung zeitweilig verzichtet. Wir appellieren an

Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl

der Volksvertretung, wenn wir Sie bitten, in schwerer Zeit einer Regierung, die glaubt, auf die Zustimmung weiterer Kreise der Volksvertretung rechnen zu dürfen, außergewöhnliche Vollmachten zu geben.

Es ist überaus schmerzhaft, feststellen zu müssen, daß zu einer Zeit, wo die Einmütigkeit aller deutschen Stämme mit Rücksicht auf die Gefahren, die uns durch die Uebermacht unserer Gegner drohen, wünschenswert wäre wie je zuvor, das Verhältnis zwischen Reich und einzelnen Ländern in vielfacher Beziehung getrübt ist. Es soll meine erste Aufgabe sein, in kürzester Zeit die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Unter selbstverständlicher Achtung der Bestimmungen unserer Reichsverfassung wird man doch in manchen Beziehungen die vielfach gewünschte

Erweiterung der Befugnisse der Länder

zugestehen können. Die Reichsregierung wird nicht ohne Not an den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten und, soweit möglich, nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen, und sie ist nicht willens, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reiches durch neue Reichs-, Mittel- oder

Demokraten wird mit dem Hintertzen eingewirkt, daß nach den Beschlüssen des Landesparteitags die sozialdemokratische Länderspartei nicht mehr frei beschließen könne, sie sei einer außerparlamentarischen Instanz unterstellt, die auf ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten hinarbeite.

Sollte es in Sachsen zu einer Regierungskrise kommen, ist mit Neuwahlen zu rechnen.

Inzwischen arbeitet die wirkliche sächsische Regierung — das Wehrkreiskommando — auf ihre Weise. Die zwei sozialdemokratischen Regierungskommissare Mierisch-Dresden und Westfälinger-Chemnitz wurden in Schutzhaft genommen. Ueber die Gründe gab das Wehrkreiskommando keine Auskunft.

Der Gemeinderat in Gelenau (Erzgebirge) muß vorläufig wegen Beschlußunfähigkeit seine Arbeiten einstellen, da eine Anzahl Gemeinderatsmitglieder verhaftet worden sind.

In Dresden wurde eine geheime Druckerei ausgehoben, in der die Kommunisten eine Zeitung herzustellen versuchten. Vier Personen wurden verhaftet. —

Reichsrat und Ermächtigungsgesetz.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag vormittag in längerer Beratung mit dem von der Regierung März vorgelegten Ermächtigungsgesetz und bekannte sich dabei einmütig zu der Auffassung, daß auch dieses Ermächtigungsgesetz eine Verfassungsänderung bedeutet, es also zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit im Reichsrat und Reichstag bedarf. Eine Änderung hat das Gesetz im Reichsrat insofern erfahren, als nach der Reichsrats die Aufhebung einer unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnung verlangen kann. Beim Reichsrat genügt ein einmaliger Beschluß, während der Reichstag zweimal in einem Zeitabstand von wenigstens 3 Tagen die Forderung erheben muß.

Vor der Abstimmung gab der

Überpräsident Fürstling

eine längere Erklärung ab, in welcher er u. a. ausführte:

In Zeiten, wo der größte Teil der Bevölkerung, die Gemeinden, Länder und das Reich sich in größter Not befinden, kann man der Reichsregierung besondere Vollmachten nicht verweigern. Das ist um so unbedenklicher, als nach den Beschlüssen der Reichsratsausschüsse der Gesetzentwurf die erforderlichen parlamentarischen Sicherungen erhalten hat.

Mit den legalen gesetzlichen Mitteln und dem Ermächtigungsgesetz dürfte es der Reichsregierung gelingen, eine Politik zu treiben, um den jetzigen

unhaltbaren Zuständen

ein Ende zu machen. Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, deren es jetzt viele Millionen gibt. Der Reichsrat hat die Regierung Stresemann wiederholt gedrängt, durch produktive Erwerbslofenfürsorge eingzugreifen. Obgleich der damalige Reichskanzler diese Forderung als richtig und berechtigt anerkannte, hat seine Regierung in dieser Frage nicht nur nichts getan, sondern durch ihre Haltung die kapitalistischen Kreise gestärkt, Arbeiter zu entlassen und dem Elend auszuliefern.

Der sogenannte Abbau wirkt sowohl Beamte wie Angestellte und Arbeiter

in die allerbitterste Not.

Entweder das Reich zahlt die Abschidungssummen und die Erwerbslofenunterstützungen, oder man hat die Absicht, den entlassenen Angestellten und Arbeitern die Erwerbslofenunterstützung nicht zu geben, dann schafft man einen Zustand, für den mir ein parlamentarischer Ausdruck fehlt. Als einen Skandal aber muß man es bezeichnen, daß bei vielen Entlassenen die sogenannte „gesetzliche Vorauszahlung“ für die Erwerbslofenunterstützung von den Arbeitgebern nicht ausgesprochen wird. Die betroffenen unglücklichen Menschen, die gehen arbeiten wollen, sind dem Hungertod überantwortet, dem Gefängnis oder Zuchthaus ausgeliefert. Gegen diesen Zustand hat die Regierung nichts unternommen.

Gbenso hemmungslos hat sich

der Wucher mit Lebensmitteln

ausgebreitet. Während Arbeiter, Angestellte und Beamte höchstens 60 bis 70 Prozent der Vorkriegseinkommen haben, sind die Lebensmittel, Gebrauch- und Bedarfsartikel im Mittel 150 Prozent über dem Friedenspreis, obgleich die Verteuerung nur 70 Prozent über den Vorkriegspreis liegt, gestiegen. Die Folge dieses Wuchers ist, daß nicht nur die Arbeiter, Rentner, Invaliden und Erwerbslofen, sondern auch die unteren und mittleren Beamten, Angestellten, zum Teil auch die höheren Beamten, in bitterste Not geraten sind und hungern. Während die Gehalts-, Lohn-, Renten- und Unterstützungsempfänger von Tag zu Tag wirtschaftlich mehr herabgedrückt werden und in bitterste Not geraten, hat der Verkauf, besonders aber der landwirtschaftliche, sich nicht nur erhalten, sondern sieht im Gegenfall zur Vorkriegszeit schuldenfrei und mit vermehrter Substanz unangestraft da.

Hat die Regierung Stresemann in wirtschaftlicher und steuerlicher Beziehung nichts gegen die trostlosen Zustände unternommen, so hat sie in politischer Beziehung durch Schaffung des

militärischen Belagerungszustandes

einen noch trostloseren und geradezu ungeheuerlichen Zustand geschaffen. Voraussetzung für den militärischen Belagerungszustand ist Unruhe im Lande, der die Polizei nicht Herr werden kann. Eine solche Unruhe war aber außer in Bayern nirgends vorhanden, und hier griff der militärische Belagerungszustand nicht ein. Für das übrige Reich aber fehlte die Hauptvoraussetzung, nämlich die Unruhe, und damit ist und besteht der Belagerungszustand gegen Gesetz und Recht. So sehr ich die militärische Rücksichtslosigkeit der Generale schätze, so sehr muß ich ihre jetzige Tätigkeit, die politisch

erfesselt, wirtschaftlich ohne jedes Verständnis sich auswirkt, verurteilen. Während Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Parteilofer auf eine Denunziation hin verhaftet, mißhandelt und ins Gefängnis geworfen werden, werden die Reichen der Reichswehr mit den ärgsten Feinden der Republik gefeilt. Ein vom Wehrkreiskommando unterstellter General schreibt bereits von seinem „Hauptquartier“! Die Generale und die von diesen beauftragten Offiziere bis zum Leutnant

erteilen den Verwaltungsbehörden Befehle,

spielen sich als Vorgesetzte selbst den Landesregierungen gegenüber auf, bedienen sich eines Tones, der beleidigend wirkt. Die Autorität der Landesbehörden wird von den Generalen direkt geschwächt.

Wenn ich ungeachtet aller dieser Uebelstände für das Ermächtigungsgesetz stimme, so hege ich hierbei die bestimmte Erwartung, daß die jetzige Reichsregierung 1. produktive Erwerbslofenfürsorge für die unendliche Zahl der Erwerbslofen schafft; 2. bei dem Beamten- und Behördenabbau so vorgeht, daß nicht neue Erwerbslofen geschaffen werden; 3. die Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände mit drastischen Maßnahmen so herabdrückt, daß die Preise dem Weltmarkt entsprechen; 4. die Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten in ein angemessenes Verhältnis zu den Preisen des täglichen Bedarfs bringt; 5. den innen- und außenpolitisch unerträglichen militärischen Ausnahmezustand sofort beseitigt.

Der Vertreter der thüringischen Regierung erklärte, daß auch seine Regierung es begrüßen würde, wenn das Ermächtigungsgesetz den Abbau des Ausnahmezustandes für Thüringen brächte. Die militärische Gewalt mische sich in Verhältnisse ein, die der Landesregierung vorbehalten seien, sogar in die Regelung des Budgets oder in Schülerentlassungen wegen Zugehörigkeit zu verbotenen Vereinigungen und in Beschwerden von Gemeinden über Eingeneidungen. Da die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes nicht zu übersehen seien, enthalte sich Thüringen der Stimme.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Genosse Gerlach, erklärte, daß er nicht in der Lage sei, dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen, da keine Kreise der rheinischen Bevölkerung zu der Politik eines Teiles der Männer, die gegenwärtig an der Reichsregierung sitzen, nicht das Vertrauen haben, das nötig wäre, um dem Gesetze zuzustimmen.

Die Abstimmung selbst brachte die Annahme des Gesetzes mit 46 gegen 9 Stimmen. Gegen das Gesetz stimmten Sachsen, Braunschweig und die Rheinprovinz. Bayern behielt sich seine Abstimmung vor.

Dollar Amtliche Notiz vom Mittwoch 4,2 Billionen

Weshalb streifen die Rassenärzte?

Von den Magdeburger Ortskrankenkassen erhalten wir diese

Zuschrift:

Den hiesigen Krankenkassen haben die Ärzte schriftlich erklärt, daß sich der Kampf nur gegen die Regierung und ihre Verordnung vom 30. Oktober 1923, nicht aber gegen sie selbst richtet. Wie wenig friedliebend sie aber sind, beweist die Tatsache, daß ihre Vertreter bei Einladung zur Tagung des Reichsausschusses keine Folge geleistet haben. Sie begründen dies hinterher damit, daß sie nach ihren Erfahrungen mit der Regierung, aus deren bloße Versprechungen hin, den vertraglosen Zustand nicht aufheben konnten. Daß es ihnen tatsächlich um eine seit langem vorbereitete geldliche Ausnutzung der Situation zu tun ist, beweist die sofortige Ueberstreichung der Mindestsätze der preussischen Gebühren-Ordnung. Leider haben sich auch die Arbeitgeber und Versicherten mehr als einmal einreden lassen, den Ärzten gehe es nicht gut, weil die Krankenkassen miserabel bezahlten. Ist genug haben sie sich auch von gewisser Seite die Mär angebläht lassen, der größere Teil der Beiträge gehe auf Beamten, Gehaltete und Krankengelder dar, während doch einwandsfrei festgestellt worden ist, daß die Krankenpflegelohnen (ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel sowie Krankenhausekosten) im Jahre 1922 70 v. H. aller Beitragseinnahmen verschlungen haben. In der Vorzugszeit erforderte dieser Teil der Krankenkassen nur 37 v. H. der vorzunehmenden Beiträge. Das Arzthonorar allein branncbrachte 1914 19 v. H. und 1922 betrug es 36,4 v. H. Die Verwaltungslofen blieben demgegenüber weit zurück.

In der Zeit vom 29. Oktober bis 26. November 1923 betrachten 160 Magdeburger Rassenärzte allein bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ein Honorar in Höhe von rund 6.000.000.000.000 Mark, buchstäblich: sechs Milliarden vierhundert Billionen Mark. Auf jeden einzelnen Arzt entfallen somit 40 Billionen Mark. Diese Kasse versorgt ein Drittel aller Rassenmitglieder Magdeburas. Jeder hiesige Arzt hatte somit aus seiner Tätigkeit für alle Magdeburger Zwangskrankenkassen im November d. J. ein Einkommen von rund 120 Billionen Mark. Die Besätze von den vielen Kriegslasen, Berufsgenossenschaften, Reichs- und Landesversicherungsanstalten, Bahn und Post sind nicht einbezogen. Auch die Einnahmen aus der Verhandlung der Familienangehörigen und der Privatpersonen konnten beiseite gelassen werden. Der Multiplikator für das Arzthonorar stieg am 29. November 1923 auf 12.250 Milliarden Mark. Das bedeutet eine jänshundertfache Steigerung seit 23. Oktober 1923. Dieser Anstieg der Verteuerung war durchaus angemessen und die Mehrzahl der Rassenärzte war nach vielfacher Entlassung damit zufrieden. Trozdem beugen sie jetzt den Uebergang von der Papierwährung zur Goldwährung zum Herausheben besonderer Vorteile.

Im Jahre 1914 bezahlten die Rassen für eine Grundleistung (Sprechstunde) 80 Goldmark und in der letzten Woche wurde dieselbe Leistung mit 1,23 Goldmark vergütet. Das Einkommen jedes Lohn- oder Gehaltsempfängers in Deutschland hat sich bedeutend vermindert gegen den Vorkriegszustand. Die Ärzte nehmen jetzt schon 53,7 v. H. über den Vorkriegszustand. Das genügt ihnen aber nicht! Der „Abbruch“ (?) wegen berechnen sie mu

Streikregeln zunächst für die Sprechstunde 1,3 Goldmark und für den Hausbesuch 3 Goldmark. Niemand soll die Verbesserung seiner Lage verheißt werden. Wenn aber ein Beruf, Stand oder Vorkriegsstand für sich beansprucht, die über das gewöhnliche Maß hinausgehen und von einem Kreise gefordert werden, die selbst in gewaltiger Dürftigkeit gemacht, dann ist jeder Widerstand gerechtfertigt. Kein Beruf kann heute mit Recht fordern, daß jeder einzelne seiner Angehörigen geboten werden muß, mit dem Prinzip kämpfe man sich entgegenstellen, wenn es für alle Geltung haben würde. Freizugänge müssen aber Unfähigkeit erlern und darben, weil die Arbeitslosigkeit infolge des Dauerbestehens? Arbeitsmarktes fehlt. Wer sich von diesen nicht durch Berufswechsel eine andere Beschäftigung verschaffen kann fällt der Erwerbslofenfürsorge anheim. Die Arbeitslosigkeit in den meisten anderen Berufen ist durchweg nicht die Folge ihrer Ueberfüllung mit Arbeitskräften, sondern das Ergebnis der Ueberfüllung der zurückgegangenen Volkswirtschaft. Die Einengung der Arbeitsmöglichkeit auf dem Gebiet der Heilung ist aber die Folge des großen Jhdungs zum Verleselstudium und des Zurückflutens der Ärzte aus dem Kriege und aufgelöstem Heere. Für diese können die geschwächten Krankentassen nicht das ausreichende Arbeitsfeld sein.

Für die gestreckte Arbeit auf dem Gebiet des Heilwesens können die Krankentassen jedem zur Praxis zugelassenen Arzte natürlich nicht so viel zahlen, als sie zum nacheinander Leben brauchen. Selbst wenn die Rassen es unter Erhöhung der Honorare tun wollten, müßte das Unternehmen doch noch unglücklich, weil der heutigen Wirtschaft eine derartige Belastung gar nicht mehr zugemutet werden kann. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte

	Mitglieder	Kerze	Auf jeden Arzt entfallen
1914	33864	135	212 Verfahrerte
1918	40787	142	287
1923	31274	222	141

Diese Zahlen bestätigen aufs überzeugendste, daß die Krankentassen dem einzelnen Arzte nicht mehr den früheren Anteil an der Verteilung und am Honorarabzug bieten können. Trotz der um 50 vom Hundert verbesserten Bezahlung der Einzelleistungen und außerordentlich vermehrten Leistungsziffer, die eine kaum zu ertragende Gesamtlast der Krankentassen gütigen, kann der einzelne Arzt nicht befreit werden.

Die Ueberfüllung des ärztlichen Berufs schädigt somit nicht nur den einzelnen Arzt, sondern auch die Krankentassen und ihre Versicherten. Die heftige Konkurrenz der Ärzte untereinander um den Zuspruch der Rassenmitglieder führt notwendigerweise zur Benachteiligung der Krankentassen, weil infolgedessen auch Leistungen getätigt werden, die an sich nicht nötig gewesen wären. Nun werden auch noch bei jeder Arztbesuch, um den Patienten zu betriebligen, erhebliche Verzögerungen aber Heilmittel oder Art verabsolgt. Während also die Krankentassen durch diesen Konkurrenzkampf empfindlich belastet werden, bietet er den beteiligten Ärzten nicht die erwünschte Existenzmöglichkeit. Auch dann nicht, wenn die Einzelleistungen noch mehr erhöht werden. Eine Verbesserung der Verhältnisse kann nur durch eine verständige Planwirtschaft erzielt werden, indem man den jungen Nachwuchs dahin leitet, wo noch Arbeit und Verdienst zu erlangen ist. Das will man auf der Kerzefeste nicht und versucht, es immer wieder mit dem bisherigen Raubbau, obwohl die Angelegen der verlebenden Kraft sich deutlich genug gezeigt haben. Alle Freunde unseres Volkes sollten die Krankenversicherung mit schätzen. Ohne Volksgesundheit kein Wiederaufbau und ohne Krankenversicherung keine Volksgesundheit!

Streifziele.

Amtlich wird uns mitgeteilt:

In einzelnen ärztlichen Kundgebungen gegen die Verfügung über Krankenhilfe vom 30. Oktober wird die Verfügung des Reichspräsidenten vom 29. November immer noch abgerungen. So gar örtliche Vertreter der Ärzte wissen über die wahre Rechtslage vielfach nicht Bescheid. Die Besorgnis der Rassenvorsitzende zur Aufstellung von Richtlinien ist aufgehoben. Ränderungen sind nur aus einem wichtigen Grunde zulässig und erst mit Einverständnis des paritätisch zusammengesetzten Ueberwachungskomitees wirksam. In vielen Orten legen Ärzte die Behandlung von Versicherten für Rechnung der Krankentassen fort. Stellenweise besteht aber wirklicher Behandlungsstreik. Für dieses Vorgehen schätzen Ärzteverbände neuerdings auch andere Gründe vor. Sie stellen namentlich wirtschaftliche Forderungen auf, insbesondere Verrechnung der ärztlichen Vergütung in Gold usw. Solche Forderungen werden aber von der Verordnung über die Krankenhilfe nicht berührt; für sie ist vielmehr der Reichsausschuss zuständig.

Sobald die Ärzteverbände ihre Mitglieder zum Reichsausschuss benennen, kann der Reichsausschuss sofort auch zu den wirtschaftlichen Forderungen Stellung nehmen. Ein Arztstreik mit diesem Ziele entbehrt also erst recht jeder Begründung, weil andere Verständigungsmöglichkeiten nicht erschöpft sind. An den Ärzten liegt es, den Zusammenhang des Reichsausschusses möglich zu machen.

Notizen.

Das Ueberflüchtenabkommen angenommen. Reviertonkonferenzen des alten Bergarbeiterverbandes, der polnischen Berufsgenossenschaft und der Bergarbeiter Hilfs-Dunkerischer Richtung stimmten dem Ueberflüchtenabkommen zu. Die Konferenz des alten Verbandes mit 99 gegen 92 Stimmen und dem Vorbehalt, daß das Abkommen verbessert und dabei den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung getragen wird. Der Vorstandsvizepräsident des Schützlichen Bergarbeiterverbandes hat sich am Sonntag gegen das Abkommen ausgesprochen, trotzdem dieses von seiner Gewerkschaft mit abgegeschlossen worden ist. Es wird angenommen, daß sich die Reviertonferenz für das Abkommen entscheidet.

Der Ausschuss für die besetzten Gebiete. Am Freitag wurde im Reichstag ein Sechziger-Ausschuss für die besetzten Gebiete auf Grund der Reichstagswahlziffern von 1920 gewählt. Dabei wurden die Sitze wie folgt verteilt: 20 Zentrum, 20 Sozialdemokraten, 6 Deutsche Volkspartei, 6 Deutschnationale, 4 Demokraten, 1 Bayerische Volkspartei, 1 Christliche Volkspartei, 2 Kommunisten. —

3000 bis 8000 Goldmark!

für ein größeres Unternehmen gesucht. Offerten unter L 188 an die Expedition dies. Blattes.

Hosen billig!

Verkauf zu günstigen Preisen 1922

Pilothosen von 6 50 G. an
 Dresdener-Hosen von 7.- G. an
 Feldgrüne Stoff hose für Herren
 und Damenstoffe von 4.50 G. an.
 Dresdener Legnhose, 8 Bützgergasse 8

Sehr hohe Belohnung!

Deutscher Schäferhund

W. Braun, Salzenburg, 6 Konen.
 oder Goldend., 288- entlaufen.

Herbert Dauer

Sandbergstraße 47. Fernruf 19.

Die stärksten Kohlen

1848 verarbeitet die

Wiener Bejohlankeit Max Zabel

Erdbeischofstr. 11, 3. Stock vom Alten Markt

Preise:

Herrn-Sohlen 5.00 Mk.
 Herrn-Wäsche 1.25 Mk.
 Damen-Sohlen 4.00 Mk.
 Damen-Wäsche 1.00 Mk.

Guthausen:
 Die 1 Goldmark nehme ich dreien Schein bei Söhnen in Zahlung.
 Max Zabel, Erdbeischofstr. 11

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 4. Stadt.

Todesfälle. 4. Dezember. Kaufmann Walter Kommling, 3. J. Anna geb. Schöne Edefrau des Arbeiters Karl Sauer, 66 J. Garnisonverwalt.-Hauptkor. K. R. Krüger. S. Wille Friederike Dittmar geb. Heimb. 70 J. Hedwig S. des verstorb. Staatsmissionars Gustav Dietrich, 4 J. Gustavmann Hermann Hermann, 55 J. Geseamtsch. offer Otto Reider, 21 J. Ehrenabschied Hermann Brantje, 53 J. Wwe Emma Dömer geb. Berber, 71 J.

Magdeburger-Sachsen.
Todesfälle. 4. Dezember. Eisenbahnstrecke Paul Kohnemann, 4 J. Landwirtswwe Johanna Fieda geb. Sauer, 78 J. Wblt. untern. geb. Fotel Edefrau des Arbeiters Adolf Ströb, 19 J. Arbeiter Karl Wiedede, 17 J. Rant. d. des Arbeiters Hermann Belger, 12 J.

Für Sänger, Redner, Raucher, Sportsleute

Waldbrand TABLETTEN

Bei Husten, Heiserkeit, Katarrh schleimlösend, erfrischend und durstlöschend.

Diamant-Rohware Edelmetalle Brillanten

kauf, um die Ware zu verw. 1923.

F. Streubel, Juwelensachverständiger.
 Schuhstraße 29 **3 Treppen**
 Edelsteinhandel, eigene Schleiferei, elektr. Betrieb

Für Haare

1 Glas prima Gelse im gleichen Gewicht

Albert Schwioger

Jacobstraße Nr. 48
 Rathhausplatz
 Kaiserstraße Nr. 50
 Cuna. Rumentalstr.

Tiermarkt

Ferkel, Fäike

U. gr. Fatterschwäne

Schlachtpost. Kaufmann. gute Fleisch. Wert. bedeut. billiger. Fett. a. 1. 1. 1.
 Kesselfisch. 1. 1. 1.
 Große gerdel und Futterfische erl. bedeutend billiger.
 Kormanns, Kirschweg 13

S. S. S. Schmeckel und Umg.

Nachruf.

Dienstag, 4. d. M. verschied nach einem kurzen Leiden unser lieber Onkel Herr

W. Labedeb

im hohen Alter von 96 Jahren. Er wird vermisst von seinen Verwandten. Seine letzte Ruhe werde ihm zu Teil sein. Die Beerdigung findet Freitag, 7. d. M. nachm. 3 Uhr, auf dem neuen Friedhof statt.

Der Vorstand.

Nach langem, schwerem Leiden am 2. d. M. verschied unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und Neffe

Albert Mangold

im blühenden Alter von 2 Jahren.

In tiefer Trauer.

Otto Mangold nebst Frau u. Geschwister, Lehingser Straße 6.

Die Beerdigung findet am Sonnabend 2 Uhr auf dem Neu-Ärzt-Friedhof statt

Am Dienstag den 4. d. M. entfiel nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Neffe und Schwiegervater, der

Willelm Labedeb

im 45. Lebensjahre.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Schmeckel u. Umg. a. d. Ede, 4. Debr. 1923

Helma Labedeb geb. John nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Freitag den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des neuen Friedhofs aus statt.

Wir verkaufen enorm billig!

- Herren-Paletots und Ulster mod. Formen u. Stoffe von Mk. 43.50 an
- Herren-Anzüge elegante Paßform von Mk. 39.00 an
- Herren-Hosen vornehme Streifen von Mk. 10.50 an
- Herren-Winterjoppen warm gefüttert von Mk. 21.00 an

Gesellschaftskleidung, Regenmäntel, Hausjoppen, Schlaf-
::: röcke, Winter-Sportanzüge, Breeches, Winterjacken :::

Bekleidungs- **Paul & Co.** Breiteweg
Gesellschaft: Ecke Barplatz

saaten, Hülsenfrüchte, Getreide, Futter, Korn, Gerste, Weizen, Hafer, Reis, Mais, Kartoffeln, Rüben, Mören, Gemüse, Obst, Fleisch, Fisch, Milch, Butter, Eier, Honig, Wachs, Seife, Papier, Holz, Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Nickel, Silber, Gold, Platin, Kohlen, Steine, Glas, Porzellan, Keramik, Textilien, Leder, Gummi, Kunststoffe, Chemikalien, Pharmazeutika, Medizin, Kosmetik, Spielzeug, Sportartikel, Musikinstrumente, Bücher, Zeitschriften, Kunstwerke, Antiquitäten, Sammlungen, etc.

Royal

Künstlerische
Breiteweg Nr. 94
Dir. G. Kimmritz

Reinfahrer
Walter Schöllners
Original

Dam.-Radrennen
schöner Frauen.
Die große Attraktion
Neu für Magdeburg

Erna Hansen-Wohnert
Vortragskünstlerin u.
Stimmungserregend

Kurt Maedike
Humorist

Syva Sylla
Episodenspielerin

Jung Siegfried u. Brunnhilde
olympische Spiele

Kvl Nenn
in ihren Szenarien

Mokkastube
(renoviert)
Gymnastik-Trio
Butler, Große
Früher

An alle!

Gruß der Groß-Wanderschau
Circus Henny
an Magdeburg und Umgebung.

Der Circus Henny entbietet seinen Gruß der diesigen Stadt, welche er zum ersten Male aufsucht, um auch hier die Gunst des Publikums zu erlangen. Der Nihilismus hat seinen Einzug gehalten in die Kunst, technische Apparate, in maßig und organisiert, wie ihn der Kontinent niemals erblickte, einer Auslese der edelsten Raffinesse, einer Menagerie, die bisher keine Tiere, auf die mancher Zoologische Garten stolz sein würde, den ausgearbeiteten Reitkünstlern, den elegantesten Schreitern und Reiterinnen, den englischen Reitkünstlern, den elegantesten Turnern der Erde, der ganzen tollen Herde von unerschöpflichen Clowns und Auguste dazu die Fülle der fremdländischen Artisten, die heute, die weißen, die schwarze, die braune, die lila, die gelbe, die rötliche, die grüne, die violette, alle brüderlich vereint zu Ehren der Stadt Magdeburg.

Aber noch ungläubig den Kopf schütteln wollte über die Versprechungen und Ankündigungen des Circus Henny, kann sich jetzt durch einen Besuch davon überzeugen, daß kein zweites Unternehmen der Welt so viel Neues und Großartiges bietet wie der Circus Henny.

Und fragt man sich, wie es möglich ist, in dieser schweren Zeit einen solchen Betrieb aufrechtzuerhalten! Aber das Todesurteil der deutschen Circusse ist längst gesprochen. Von 30 Betrieben, die bestanden, sind jetzt drei geblieben. 95 Prozent der deutschen Circusse sind verkrüppelt, zugrunde gegangen, ins Ausland geschickt, klanglos verschwunden. Die Futtermittellage ist unerträglich geworden, trotzdem sind die Eintrittspreise immer noch volkstümlich.

Am meinen Betrieb am Leben erhalten zu können, bin ich mit meinen Tieren und meiner Artistengarde auf Gastspielreisen gegangen. Wir wollen gemeinsam versuchen, den schweren Kampf aufzunehmen. Meine herzlichste Bitte an die diesige Bevölkerung um reichliche Unterstützung ist deshalb schon ein Nothilfe:

Die Tiere bitten um Futter.

Ich appelliere an das warme Herz der Bevölkerung: bringt den Tieren Safer! Ich vergesse für Safer, Hen, Stroh, Brote, sonstige Futtermittel, Brennmaterial je nach Menge gute Plätze. Für Kartoffeln in größerer Menge Tierfuttermittel. Helft den Tierbestand des Circus zu erhalten!

Ich bin heute noch in der Lage, Hervorragendes und Großes zu zeigen. Der Circus Henny ist eine Schau wissenschaftlichen und sportlichen Charakters, ein Unternehmen, das durch uns auf künstlerischen Fundamenten aufgebaut ist und aus diesen Wurzeln seine unerlöschliche Kraft zieht. Das Lob des Publikums ist der Ansporn meines Schaffens!

Brumvolle Eröffnung Sonnabend, 8. Dezbr., 7 1/4 Uhr
Blumenfeld-Gebäude.
Das Unternehmen bleibt bis Ende Februar hier und wechselt jeden 1. und 16. des Monats das Programm.

Amtliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung.
Der Amtspflaster für die Kanalgebühren beträgt für den Monat Dezember 1923
a) bei nach dem Vorauswerte verlangten (Wohn-)Grundflächen das 165 Millionenfache
b) bei nach dem Wasserverbrauch verlangten (gewerblichen) Grundflächen das 30 Millionenfache der 1. Quartalsrate.
Neue Steuerzettel werden nicht zugestellt, zahlbar bis zum 15. d. M. Bei späterer Zahlung erfolgt Anstrengung.
Magdeburg, den 4. Dezember 1923.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Am Donnerstag den 4. Dezember werden Unterbringungen an Kleintierställe in der ehemaligen Pfeilschützen Erziehungsanstalt geacht. Eingang von der Hofseite.
Burg, den 4. Dezember 1923.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Betr. Rechtsnotlage für Schornsteinfeger. Für die Wore von 12. bis 2. November wird die Tage vom 1. Oktober 1922 auf das 35 Millionenfache gemäß Verfügung des Herrn Reichenspräsidenten erhöht.
Burg, den 4. Dezember 1923.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.
Weihnachten rückt heran. Die hier seit langen Wochen herrschende Arbeitslosigkeit macht es den davon Betroffenen schwerer oder gar unmöglich, ihren Kindern und Angehörigen eine Weihnachtsgabe zu beschaffen.
Wir besuchen und deshalb an die diesigen Gewerbetreibenden mit der Bitte, für die Kinder der Arbeitslosen oder sonstiger bedürftiger Familien, auch Spielzeug, als Weihnachtsgabe stiften zu lassen. Eine von den Gewerbetreibenden gewählte Kommission wird in dieser Angelegenheit noch besonders bei den in Frage kommenden Gewerbetreibenden vorzuziehen.
Burg, den 4. Dezember 1923.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Betr. Grundsteuerbescheid.
Die Grundsteuerrollen der Grundbesitzbesitzer liegen im Amt vom 6. Dezember bis zum 12. Dezember 1923 in der Ortssteuerkasse zur Einsicht der Steuerpflichtigen offen.
In dem häufigstgelegenen Augen mit gemäß den Bestimmungen der Grundsteuerrollen vom 27. und 29. d. M. für die beabsichtigten Grundstücke ein förmlicher Vergleich von 100 u. 50 u. 50 und für die unterbauten ein solcher von 20 u. 50. Erhöht ist mit der Vergleichsperiode sofort zum Nutzen geworden, während letztere mindestens nur bis zur Höhe von 100 u. 50 anzuheben ist; ferner ist diese Grenze überhöht, sobald er der Grundbesitzer bei dem Vergleichsperiode. Demnach kann die Höhe auch für den unterbauten Grundbesitzer erhöht sein. Die Höhe von 100 u. 50, deren Wert nach dem Grundsteuerbescheid, den Vergleich gleich in Höhe von 100 u. 50 zu setzen, ist der Grundbesitzer bei dem Vergleichsperiode zu erhöhen, dessen Vergleichsperiode bis zum 12. Dezember eingeleitet wird.

Bekanntmachung.
Die Zahlung von Geld an die Arbeitslosen erfolgt nunmehr in der Weise, daß es bei letzteren eingezogen wird, wenn sie ein Amt, gegeben werden. Gegen Abgabe einer Bescheinigung über das Bestehen der Einkünfte des Steuerpflichtigen wird die Höhe von 12 u. 50, deren Betrag bis zum 12. d. M. werden können, an den Steuerpflichtigen.
1. bis 100 von der Höhe des Einkommens.
101 bis 200 100
201 bis 300 150
301 bis 400 200
401 bis 500 250
501 bis 600 300
601 bis 700 350
701 bis 800 400
801 bis 900 450
901 bis 1000 500
Über 1000 500 plus 10 Prozent der über 1000 hinausgehenden Einkünfte.
Die erwähnte Zahlung wird gegen Vorlage eines Bescheinigung vom 6. d. M. bis zum 12. d. M. in der Ortssteuerkasse für jeden Steuerpflichtigen bis zum 12. d. M. zu leisten.
Burg, den 4. Dezember 1923.
Der Magistrat.

Allgem. Ortskrankenkasse Burg b. M.

Vom 2. Dezember d. J. sind unter Zustimmung des Ausschusses die Beiträge wie folgt festgesetzt:
Die Grundbeiträge betragen in Klasse I 36, Klasse 2 69, Klasse 3 108, Klasse 4 141, Klasse 5 174, Klasse 6 210, Klasse 7 229, Klasse 8 351, Klasse 9 411, Klasse 10 488. Die Herren Arbeitgeber wollen diese Zahlen bei Berechnung der Beiträge zugrunde legen und mit der Reichsinduzahl 1533 Milliarden verbleiblichen.
Die Ärzte haben den Dienst für die Kasse eingestellt und verlangen sofortige Bezahlung, die Mitglieder müssen sich daher vor Eintritt in die Behandlung als Kassenzugehörige erkennen geben. Die verlangten Beiträge werden nach der Preussischen Gebührenordnung den Mitgliedern erstattet. Die Mitglieder werden ersucht, den Betrag so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen, und nur bei ganz dringenden Fällen Hausbesuche zu verlangen. Alle Rezepte müssen vorher von der Kasse abgefordert, erst werden, damit auch diese Beiträge erstattet werden können. Wir erwarten von den Mitgliedern, daß sie den Vorwand und die Kassenzugehörigkeit in der Durchführung des uns ohne Berechnung angelegenen Zustandes unterstützen.
Der Vorstand: Karl Brack, Vorsitzender

Geschäftseröffnung.
Dem geehrten Publikum von Salsburg und meiner früheren Wertschätzung zur Kenntnis, daß ich mein Geschäft jetzt wieder übernommen habe.
Bitte um gütigen Zuspruch. Eröffnung Donnerstag nachmittag.
Sachachtungswill
Franz Schmiedel, Fleischermeister
Langer Weg 13.

10 Goldpfennige
zahlte Adobe, Rismarckstr. 11 für
Kognat-, Rot- u. Weißweinkauf

Pistole
Verkaufen Sie Ihre
Schulwaffen
Schulwaffenstraße 1a, Hofpart.
Telephon 7623.

Rassenmitglieder!

In der Annonce der besten Krankenkassen werden in gebührender Weise grobe Unwahrheiten verbreitet!
Wahr ist, daß wir im „maßlose“ Sonnarvorforderungen kämpfen.
Wahr ist, daß der jetzige Kampf gegen eine die Ärzte und Berühmtesten gegen schädigende Reglementierungsbewegung geführt wird.
Wahr ist, daß wir durch unseren Kampf den Krankenkassen den letzten Rest verzeihen wollen.
Wahr ist vielmehr, daß fast 1 1/2 Jahre lang die Krankenkassen in rücksichtsloser Weise aus dem vollen Schaden der Selbstverwaltung trafen ließen und dadurch unseren Stand tatsächlich ruinieren haben.
Wir sind an die von den Rassen bekanntgegebenen Sonnarvorforderungen keine Rücksicht genommen, sondern nur als Privatpatienten in Verhandlung genommen worden.
Trotzdem bekennen wir uns nur der wirklichen Unbilligkeit der Preis- Gebührensordnung und Reichssteuerung, freilich unter Ausschaltung des uns auf Drängen der Rassen ausgegangenen 20prozentigen Abzug.
Die nachstehenden Rassenverbände zeigen auch jetzt ein fremdenbüchtes Gesicht! Geht es nicht, die Betordnung restlos zu befechtigen, so seid ihr ihnen zu eurem Schaden ausgeliefert.
Verein Magdeburger Rassenärzte.

Allgem. Ortskrankenkasse Magdeburg.

Am Donnerstag den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Besprechungsraum der Kasse, Regierungsstraße 1, Erdgeschoss
ordentliche Sitzung
des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Magdeburg.
Tagesordnung:
1. Wahl des Rechnungsprüfers für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
2. Bericht über den Stand der Kasse.
3. Bericht über die Verbesserungen der Rassenleistungen.
4. Bericht über den Arzneifreist und Kreditentziehung durch die Apotheken.
5. Stellungnahme zum Verband Magdeburger Krankenkassen.
— Wir bitten die Vertreter hiermit zu dieser Sitzung ein und bitten um pünktliche Erledigung. Die Anträge der Vertreter sind gemäß § 5 Absatz 7 der Rassenordnung rechtzeitig zu unterstützen.
Magdeburg, den 5. Dezember 1923.
Der kommissarische Vorsitzende
R. Riemann.

Allgem. Ortskrankenkasse in Magdeburg

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern unserer Kasse bringen wir hiermit folgende Bescheidensbeschlüsse zur Kenntnis:
1. Das jährliche Krankengeld wird gemäß § 15 der Satzung mit Wirkung ab heute auf 60 u. 50 des wirklichen Arbeitsverdienstes herabgesetzt.
2. Hinsichtlich der Tariflohn oder des Gehalts, dann wird das Krankengeld nach jenem entsprechenden erhöht.
3. Zur Schwerverletzte und schwerkrante Arbeitsfähige überlassen die Kasse von jetzt an die Arzneikosten in voller Höhe.
Für den Winter sind wir zu beachten:
Es gehen Gerüchte um, daß unsere Kasse die Zahlungen einstellen mag und nicht mehr zahlungsfähig sei. Das ist ein Schwindel! Die eben bekanntgegebenen Erhöhungen der Leistungen beweisen das Gegenteil.
Die Beiträge sind in keiner Beziehung gefährdet und werden weiterhin zur Zahlungsfähigkeit der Kasse.
Wenn alle Mitglieder uns in den angegebenen Punkten weiter Beistand leisten, werden wir die Krankenkasse auch mehr verschonern können.
Darum haltet euch im eigenen Interesse!
Magdeburg, den 5. Oktober 1923.
Der Vorstand.
R. Riemann, kommissarischer Vorsitzender.

Ein Teilhaber
mit 2000 bis 10000 Goldmark
für ein Fabrikunternehmen
gesucht. Offerten unter M S 131
an die Expedition dies. Blattes.

Stahlform-
meister

für Bessemer-Betrieb
zu sofortigem Antritt
gegen hohe Bezahlung
außerhalb Magdeburgs
Wohnung ist vorhanden.
Offerten unter L 1970.

Wahlung, Hausfrauen!
Billig! Billig!
Die große Nachfrage nach unseren
festen billigen Modestoffen hat uns
veranlaßt, noch einen größeren Posten
zu beschaffen. Wir geben ab:
Herrns Modestoffe mit großem
Wustein-Motiv für Herbst und
Winter 1923/1924
Die Neueste Deutsche Mode
Herbst und Winter 1923/1924
Gedruckte mit den besten Moden für
Damen und Kinder statt 60 Pf. das Stück
für nur 25 Goldpfennige
alle drei zusammen für 60 Goldpf.
Mäntel, Hausfrauen, Schneid-
maschinen! Sie sparen viel Zeit und
Geld, wenn Sie sich dieser billigen Ge-
legenheit bedienen.
Nur in der Zeitschriften-Abteilung der
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Zentral
Nur noch
einige
Tage!
Friedrich
der Große
Herbert
Langhans
3 1/2
Sonntag
3 1/2

Wergibt Getreiden. Ge-
flügel für fast neues
Damen-, Herren- und
Kleidervorhänge. Off. u. B. 2203
an die Exped. dies. Bl.

10. Konzertreihe
in Rotenb., 3. Saal,
1. u. 2. Gebl. u. d. Platte,
Salle d. Gartenstr. 11.

Städtische Theater
Stadttheater
Donnerstag 6. Dezbr.
Anrecht aufgehoben!
Andine
Oper von Corng.
Anfang 7, Ende 10 Uhr
Wilhelm-Theater
Donnerstag 6. Dezbr.
Vorstellung d. Volkshäuser
Doppelselbstmord
Bauerntänze
von Augustin.
Anf. 7 1/2, Ende 10 Uhr

Arkadia
7 1/2 Uhr
die kleinen Liebeskinder
Schauspiel
Hansi Holden
Alfred Putze
2 Treblas
Lokale in Lokale
Nur die Original-
Dezember-
Attraktionen!

Heute
Kaffe
„Er“ unter
Einbrechern
Beginn werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Das Erbe
= Der Ueberfall
auf die Postkutsche
Aus dem Zyklus „Hörner, die
Sind der kalifornischen Berge.
Werktag 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Kalte Füße-Schlaflosigkeit
Wenn Sie im Bett kalte Füße haben, so können Sie stundenlang nicht schlafen und haben am anderen Tage Kopfschmerzen. Sie können dieses vermeiden, indem Sie vor dem Schlafengehen ein Kukirol-Fußbad nehmen. Es hält die Füße warm und trocken, verhindert Erkältungen und vorzeitiges Ermüden. Gegen Hämorrhagen, Hornhaut, Schwellen und Warzen hilft das bekannte Kukirol-Höhnen-angenehm-Pflaster. Diese beiden, in vielen Millionen Fällen bewährten Kukirol-Fabrikate sind in allen größeren Apotheken und besseren Drogerien erhältlich. Lassen Sie sich aber nichts anderes als „auch sehr gut“ aufre-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Dezember 1923.

Weitere Preiserhöhungen.

Am Berliner Schlachtvieh Hof wurden am Mittwoch die Preise weiter herabgedrückt. Sie ermäßigten sich bei Kindern um 17 Prozent, bei Kälbern um 35 Prozent...

Es öffnen sich nunmehr auch die Lager der gewerbsmäßigen Waren- und Lebensmittelhändler. Von allen Seiten regnet es jetzt Angebote von Fleischwaren, Wachsenmilch, Konserven...

Die Unterstützung an Kurzarbeiter.

Die ungeheure wirtschaftliche Krise hat dazu geführt, daß entsprechend einschlägigen gesetzlichen Vorschriften in sehr vielen gewerblichen Betrieben verkürzt gearbeitet wird.

Die neue Anordnung bestimmt: Erreichung in einer Kalenderwoche oder Kalenderviertelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit...

Danach muß z. B. die Kurzarbeit eine Folge der wirtschaftlichen Krise sein. Der Kurzarbeiter muß sich in bedürftiger Lage befinden.

Erste Liebe.

Von J. S. Turgenev.

(3. Fortsetzung.)

Sinaida aber trieb immer ihr Spiel mit mir wie die Katze mit der Maus. Bald kokettierte sie mit mir, und ich geriet in Aufregung und wollte vor Wonne vergehen...

Ich erinnere mich, daß sie mehrere Tage hintereinander sehr kühl gegen mich war; ich ward ganz verzagt, ging mir mit Angst zu ihnen ins Haus...

Einmal ging ich im Garten an dem bekannten Baum entlang. Da erblickte ich Sinaida. Auf beide Hände gestützt, saß sie auf dem Rasen...

Sie streckte die Hand aus, rief einen Grashalm ab, zerbiß ihn und warf ihn weg, so weit wie möglich.

„Sie lieben mich sehr?“ fragte sie endlich. „Ja?“

„Ja,“ fuhr sie fort, indem sie mich noch immer in derselben Weise ansah, „es ist so. Dieselben Augen,“ fügte sie hinzu...

„Alles ist mir zunichte geworden,“ flüsterte sie. „Ich möchte bis ans Ende der Welt gehen; ich kann das nicht ertragen.“

Rückgangsumme. Damit wird der Arbeitsnachweis von umständlichen Berechnungen entlastet. In einem Schreiben vom Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt wird noch darauf hingewiesen...

Grundsätzlich sind auch die Kurzarbeiter verpflichtet, für die Unterstützungspflichtarbeit für die Gemeinde zu leisten wie die Vollarbeitslosen.

In unfre geschätzten Inferenten!

Die Anzeigenpreise sind mit Wirkung vom 5. Dezember 1923 an auf Goldrechnung umgestellt.

Es kostet jetzt eine Zeile:

- a) für hiesige Anzeigen 20 Pf. für hiesige Reklamen 100 Pf. für Familienanzeigen u. Stellengesuche 12 1/2 Pf. für Vereinskalendar 20 Pf. b) für auswärtige Anzeigen 30 Pf. für auswärtige Reklamen 150 Pf.

Die Preise sind zahlbar in verbrieflichen Zahlungsmitteln oder Papiermark, umgerechnet nach dem bei Zahlung gültigen amtlichen Goldmarkkurs.

Verlag der „Volksstimme“.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Befriedigung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 3. Dezember auf das 151 Milliardenfache der Vorkriegszeit.

Für den Durchschnitt des Monats November berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 657 Milliardenfache gegenüber dem 3657 Milliardenfachen im Durchschnitt des Monats Oktober.

Damit ist zum erstenmal seit langer Zeit eine Stabilität der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen. Die Abnahme der Indexziffer um 1,3 v. H. fällt nicht ins Gewicht.

Gegenüber etwaigen Ver suchen, die geringe Senkung der Lebenshaltungskosten zu einer Propaganda für Lohnabbau auszunutzen, muß von vornherein mit aller Entschiedenheit betont werden, daß noch nach dem letzten Index die Kosten des dringenden Aufwands um mehr als die Hälfte über dem Vorkriegsstand stehen.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Vorstandsitzung am Freitag den 7. Dezember, nachm. 5 Uhr. — Republikanische Notwehr. Am Freitag abend 1/8 Uhr Abteilungsleiterbesprechung.

Eine Antwort der Ärzte.

An die Krankenkassenmitglieder richtet sich eine Zuschrift der Ärzte, die wir mit einigen Änderungen folgen lassen. Wir sind aber der Meinung, daß im Streite zwischen den Ärzten und den Krankenkassen genug Zeitungsartikel geschrieben sind...

Gegenüber den irreführenden Kundgebungen der Krankenkassen, insbesondere der Allgemeinen Ortskrankenkasse, erklären wir folgende: Es ist nicht wahr, daß die Ärzte maßlose Honorarforderungen durchdrücken und den Krankenkassen den letzten Stroh ver-

leihen wollen. Wahr ist vielmehr, daß der gegenwärtige Abwehrkampf, den die gesamte Ärzteschaft Deutschlands geschlossen führt, hauptsächlich kein Lohnkampf ist, sondern lediglich die völlige Aufhebung der dem fortgesetzten Drängen der Krankenkassen entzogenen Notwendigkeit, die gleichermäßen uns selbst wie auch die Krankenkassenmitglieder schädigt!

Wahr ist vielmehr, daß die geschaffene Rechtsunsicherheit für uns fortbesteht, daß die freie Arztwahl nach wie vor bedroht ist, daß der § 25, der auch die Tragung der 10 Prozent Arzneikosten anseiner nicht aufgehoben ist.

Der auch ausgezwungene 10prozentige Arzneikostenzuschlag ist nur das Vorpiel! Die eigentliche Absicht ist: Befestigung der freien Arzt- und Arzneiüberordnung und ihre Ersetzung durch völlig unzureichende Geldabfindungen!

Beweis: Der Artikel des hiesigen Krankenkassenverbandes vom 14. November 1922 „Kassenpatient oder Privatpatient?“

Es ist eine oftmals wiederlegte Unwahrheit, daß die Ärzteschaft jemals „landesgemäße Versorgung“ aller ihrer Mitglieder durch die Krankenkassen verlangt habe. Wahr ist vielmehr, daß sie lediglich angemessene Bezahlung ärztlicher Leistung fordert, so daß die besten Kräfte, die genügend — nicht übermäßig — beschäftigt sind, von ihrer Arbeit exilieren können.

Trotzdem fordern wir als Kampflinie nur die Indefinitheit der Gebührenordnung, allerdings ohne den uns auf Kassenveranlassung ausgezwungenen 20prozentigen Zuschlag!

Die Feiertunden am Sonntag.

Ich, wenn in untrer engen Zelle Die Lampe freundlich wieder brennt, Dann wird's in unserm Busen helle, Im Herzen, das sich selber kennt.

Klingt das nicht wie der Willkommengruß eines lieben Freundes, zu dem man aus kalter Winternacht ins helle gemütliche Zimmer tritt? Die Verse sind aber aus der Faust-Dichtung von Goethe, die zumeist als ein so tiefes philosophisches Werk hingestellt wird, daß sich gewöhnliche Sterbliche, die das Pantimengnadium besucht haben, gar nicht in seine Nähe wagen.

Dann wird's in unserm Busen helle... Also lesen wir ihn. Und nicht nur den „Faust“, suchen wir den Goethe auch in andern Werken.

Das haben sich auch die jungen Leute gesagt, die am nächsten Sonntag unter dem besondern Titel „Aus Goethes buntem Zaubergarten“ im Frankfurter Jugendheim, Werner-Fricke-Straße, zum zweiten Male „Sonntagsstunden für Arbeiter“ ausgefallen wollen.

Eintrittskarten sind nur noch zu einem kleinen Teil im Vorverkauf Theaterkassette Volksstimme zu haben. Es muß sich jeder damit bis Sonnabend versehen, da voraussichtlich an der Abendkasse keine mehr abgegeben werden können.

Für die Kleinen findet am Sonntag 3 Uhr im Frankfurter Jugendheim ein Märchen-Nachmittag statt. Einige der schönsten Märchen, ergänzt durch Licht- und Schatten-

im Druck erschienenen „Mörder“ vorzulesen; aber ich hörte ihn nicht zu. In singendem Ton und mit übermäßig starker Stimme sprach er seine vierfüßigen Famben; die Reime wechselten ab und klangen wie Schellengeklänge, hoch und laut; ich aber sah immerzu Sinaida an und mühte mich, die Bedeutung ihrer letzten Worte zu erfassen.

Und hat vielleicht dich untermüdet Ein heimlicher Rival bedrängt?

rief Madanow auf einmal mit seiner näselnden Aussprache — und meine und Sinaidas Blicke begegneten einander. Sie schlug die Augen nieder und erröte ein wenig. Ich sah dieses Erblühen und ein kalter Schreck befiel mich.

Mit diesem Augenblick begannen meine wirklichen Qualen. Ich zerbrach mir den Kopf, bildete mir Vermutungen und verwarf sie wieder und beobachtete Sinaida unaufhörlich, wiewohl mit kunstfertiger Heimlichkeit.

„Zit es der? Oder nicht vielmehr der?“ fragte ich mich selbst, indem ich meine Gedanken unruhig von einem ihrer Bergeher zum andern herumirren ließ.

Mein Schatzbild reichte jedoch nicht weiter als bis zu meiner Nase; und mein heimliches Wesen täuschte wahrscheinlich niemand; wenigstens hatte Doktor Lufkin mich sehr bald durchschaut.

Mein Schatzbild reichte jedoch nicht weiter als bis zu meiner Nase; und mein heimliches Wesen täuschte wahrscheinlich niemand; wenigstens hatte Doktor Lufkin mich sehr bald durchschaut.

Mein Schatzbild reichte jedoch nicht weiter als bis zu meiner Nase; und mein heimliches Wesen täuschte wahrscheinlich niemand; wenigstens hatte Doktor Lufkin mich sehr bald durchschaut.

(Fortsetzung folgt.)

* Ein keines lyrisches Gedicht von Puschkin. Anmerkung des Uebersetzers.

